



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 23. September 2025

Regierungsratsbeschluss vom 23. September 2025

Änderung der Eigenmittelverordnung (Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität und dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission); Stellungnahme Kanton Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 6. Juni 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Eigenmittelverordnung zukommen lassen.

Der Regierungsrat unterstützt die geplanten Änderungen der Eigenmittelverordnung, da damit wichtige Lehren aus der Krise rund um die Credit Suisse gezogen und das regulatorische Fundament für eine stabile und widerstandsfähige Bankenlandschaft in der Schweiz gestärkt wird.

Die Vorgabe, Klumpenrisiken und andere grosse Kreditrisiken ab 5 Mio. Franken melden zu müssen, ist nicht notwendig, da die 4%-Regelung bereits ausreichend ist. Zudem sollte die ARIS-Erhebung eingestellt werden, da es nicht sinnvoll ist, dass Banken dieselben Daten doppelt liefern müssen.

Auch wenn die vom Bundesrat festgelegten Eckwerte in erster Linie systemrelevante Banken betreffen, werden die Anforderungen an andere Banken und Finanzinstitute verschärft, insbesondere in den Bereichen Corporate Governance und Aufsicht. Diese Verschärfung der Anforderung an nicht-systemrelevante Banken sehen wir kritisch. Im Hinblick auf die bevorstehende Vernehmlassung zu den auf Gesetzesebene umzusetzenden Massnahmen bitte wir den Bundesrat, allfällige Verschärfungen bei diesen Banken kritisch zu prüfen.

Der Finanzplatz ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Schweiz und bietet entsprechend viele attraktive Arbeitsplätze. Schweizer KMU sind aus Kostengründen auf Konkurrenz im Bankenmarkt angewiesen. Daher ist es wichtig, dass eine breite Auslegeordnung und Überprüfung verschiedener möglicher Regulierungsansätze vorgenommen und deren Folgen gesamtheitlich untersucht werden. Der Regierungsrat findet es daher wichtig, dass die Auswirkungen des Gesamtpakets auf die Volkswirtschaft vertieft analysiert werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin